

# TE OGH 1984/4/25 3Ob13/84

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 25.04.1984

## Kopf

Der Oberste Gerichtshof hat durch den Vizepräsidenten des Obersten Gerichtshofs Kinzel als Vorsitzenden und durch die Hofräte des Obersten Gerichtshofs Dr. Hule, Dr. Warta, Dr. Klinger und Mag. Engelmaier als Richter in der Exekutionssache der betreibenden Partei Dr. Viktor Igálffy-Igály, Rechtsanwalt in 1030 Wien, Landstraßer-Hauptstraße 34, als Masseverwalter im Konkurs über das Vermögen der reg. Firma N\*\*\*\*\*, wider die Gemeinschuldnerin als verpflichtete Partei, wegen kridamäßiger Versteigerung von Liegenschaften, infolge Revisionsrekurses 1) des Erstehers E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\*, und 2) seines Vertreters Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\*, beide vertreten durch Dr. Heinz Walther, Rechtsanwalt in Klagenfurt, gegen den Beschluss des Kreisgerichts Wiener Neustadt als Rekursgericht vom 19. Dezember 1983, GZ R 344/83-38, womit der Beschluss des Bezirksgerichts Ebreichsdorf vom 15. September 1983, GZ E 52/82-26, abgeändert wurde, folgenden

Beschluss

gefasst:

## Spruch

- 1) Der Revisionsrekurs des Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* wird zurückgewiesen.
- 2) Dem Revisionsrekurs des E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* wird Folge gegeben.

Der Beschluss des Gerichts zweiter Instanz wird dahin abgeändert, dass der Beschluss des Erstgerichts wiederhergestellt wird.

Der Mitbieter Dipl.-Kfm. Dr. L\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\*, geboren \*\*\*\*\*, ist schuldig, dem Revisionsrekurswerber E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\*, binnen 14 Tagen die mit 8.811,96 S bestimmten Kosten des Revisionsrekurses (darin 746,54 S Umsatzsteuer und 600 S Barauslagen) zu ersetzen.

Die Kosten seines Rekurses an die zweite Instanz hat Dipl.-Kfm. Dr. L\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* selbst zu tragen.

## Text

Begründung:

Im vorliegenden Verfahren wurde die kridamäßige Versteigerung der beiden Liegenschaften EZ 280 und 396 der KG D\*\*\*\*\* bewilligt. Beim Versteigerungstermin traten folgende Bieter auf:

- 1.) Dr. L\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\*, vertreten durch seinen ordnungsgemäß ausgewiesenen Rechtsfreund Dr. W\*\*\*\*\* K\*\*\*\*\*, Rechtsanwalt in Linz,
- 2.) Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\*,
- 3.) E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* (im Protokoll fälschlich: R\*\*\*\*\*), vertreten durch Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\*, dessen Vertretungsbefugnis beim Versteigerungstermin strittig war,

4.) F\*\*\*\*\* F\*\*\*\*\*,

Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* wurde mangels Erlags eines Vadiums vom Bieten im eigenen Namen ausgeschlossen, ohne dass hiegegen ein Widerspruch erhoben worden wäre.

E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* wurde vom Erstgericht als Bieter zugelassen, Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* wies eine nichtbeglaubigte Vollmacht des E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* vom 17. 9. 1981 vor und legte darüber hinaus eine beglaubigte Vollmacht des E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* vom 15. 6. 1982 vor, die ihn ua ausdrücklich zum Erwerb von unbeweglichen Sachen ermächtigte, welche aber ursprünglich des folgenden Zusatz enthielt:

„Diese Vollmacht gilt für alle Grundbuchshandlungen hinsichtlich meiner Liegenschaften in der KG Kurort \*\*\*\*\* Gerichtsbezirk Gloggnitz“, Diesen Zusatz strich Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* während des Versteigerungstermins durch und erklärte, dass er zu diesem Vorgehen ermächtigt sei.

Auf die Liegenschaften wurden folgende Anbote gemacht:

A) 640.000 S durch Dr. L\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\*,

B) 650.000 S durch F\*\*\*\*\* F\*\*\*\*\*,

C) 660.000 S durch Dr. L\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\*

und D) 957.564 S durch E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\*.

Dr. L\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* erhob Widerspruch gegen den Zuschlag der Liegenschaften an E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* aus dem Grund des § 184 Abs 1 Z 5 und 7 EO mit der Begründung, die Vollmacht des Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* entspreche nicht den gesetzlichen Bestimmungen und die von ihm vorgenommene Veränderung der Vollmacht sei unstatthaft.

Das Erstgericht wies diesen Widerspruch mit der Begründung zurück, die vorgelegte Vollmacht entspreche den gesetzlichen Erfordernissen, und verkündete die Erteilung des Zuschlags an E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* um das Meistbot von 957.564 S.

Noch ehe über den Rekurs des Mitbieters Dr. L\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* gegen die Erteilung des Zuschlags an E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* entschieden war, langte beim Erstgericht ein Schreiben des E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* vom 21. 10. 1983 ein, mit dem er sich ausdrücklich als Ersteher der Liegenschaft bekannte.

Das Gericht zweiter Instanz änderte den Beschluss des Erstgerichts auf Erteilung des Zuschlags an E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* dahin ab, dass die Erteilung des Zuschlags an ihn versagt werde. Die erforderlichen weiteren Verfügungen habe das Gericht erster Instanz von Amts wegen zu treffen, Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* wurde schuldig erkannt, dem Rekurswerber Dr. L\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* die mit 13.016,42 S bestimmten Rekurskosten zu ersetzen.

Das Gericht zweiter Instanz war der Auffassung, dass die von Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* vorgelegte Vollmacht nicht den Erfordernissen des § 180 EO entsprochen habe, weil sie auf einen ganz bestimmten Geschäftskreis eingeschränkt gewesen sei. Dass er zur Streichung des erwähnten Vermerks ermächtigt gewesen wäre, hätte er wiederum nur durch eine beglaubigte Vollmacht nachweisen müssen.

Einen Ausspruch über den Wert des Beschwerdegegenstands oder die Zulässigkeit des Revisionsrekurses enthält die Entscheidung des Gerichts zweiter Instanz im Spruch nicht, das Gericht zweiter Instanz führt aber in der Begründung aus, dass ein Ausspruch über die Zulässigkeit des Revisionsrekurses zu entfallen habe, weil als Streitgegenstand hier die Höhe des strittigen Anbots anzusehen sei.

Gegen die Entscheidung des Gerichts zweiter Instanz wendet sich der Revisionsrekurs des E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* und des Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* mit dem Antrag, ihn dahin abzuändern, dass der Beschluss des Erstgerichts wiederhergestellt werde. Hilfsweise wird beantragt, den Beschluss des Gerichts zweiter Instanz dahin abzuändern, dass der Zuschlag an Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* erfolge, oder ihn aufzuheben oder die Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* auferlegten Kosten aufgrund einer niedrigeren Bemessungsgrundlage zu bemessen.

Mit dem Rechtsmittel wurde eine beglaubigte unterfertigte Erklärung des E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* vom 18. 1. 1984 vorgelegt, dass Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* zur Streichung des strittigen Zusatzes auf der Vollmacht vom 15. 6. 1982 und zum Bieten für E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* ermächtigt gewesen sei.

Die Revisionsrekurswerber machen geltend, dass die beim Versteigerungstermin vorgelegte beglaubigte Vollmacht vor

allem auch in Verbindung mit der vorgelegten nichtbeglaubigten weiteren Vollmacht ausreichend gewesen sei, gleichgültig, ob der strittige Zusatz (zulässigerweise oder nicht) gestrichen oder nicht gestrichen sei. Bei Bedenken gegen die Vollmacht hätte Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* aber zumindest im eigenen Namen als Bieter zugelassen werden müssen. Ein allfälliger Vollmachtsmangel sei in der Folge gemäß § 186 Abs 2 EO geheilt worden. Unrichtig sei auch die Kostenentscheidung.

Der Revisionsrekurs ist nur hinsichtlich des Rechtsmittelwerbers E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\*, und zwar wegen des Werts des Meistbots, das hier den Beschwerdegegenstand bildet, gemäß §§ 78 EO, 528 Abs 2, 502 Abs 4 Z 2 ZPO als Voll-Revisionsrekurs, zulässig. Beschwer wird durch die Entscheidung der zweiten Instanz nämlich nur E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* als Bieter, dem wegen fehlender Vollmacht der Zuschlag versagt wird, nicht aber Ing. R\*\*\*\*\*basso als dessen Vertreter, der für E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* eingeschritten ist. Der bei Heller-Berger-Stix S 1337 behandelte Fall, dass ein nicht ausgewiesener Bevollmächtigter als Bieter im eigenen Namen behandelt werden kann und dann mit dem von ihm erlegten Vadium haftet, ist hier nicht gegeben. Ing. R\*\*\*\*\* hat nämlich im Versteigerungstermin ausdrücklich selbst kein Vadium erlegt und sich durch Unterlassung eines Widerspruchs gegen seinen Ausschluss als Bieter in seinem eigenen Namen seines Rekursrechts (im Sinne seines Eventual-Rekursantrags) gemäß § 187 Abs 1 EO begeben und sich auch ausdrücklich damit einverstanden erklärt, dass er selbst nicht als Bieter im eigenen Namen behandelt werde. Er war, was zwischenzeitig klar ist, durch eine Vollmacht des E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* gedeckt und handelte daher in jeder Hinsicht auf Rechnung und Gefahr des E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\*. Der Umstand allein, dass ihm in der Entscheidung der zweiten Instanz Kosten auferlegt wurden, kann eine Beschwer in dritter Instanz schon deshalb nicht begründen, weil die Kostenentscheidung der zweiten Instanz für sich allein gemäß §§ 78 EO, 528 Z 2 (und wegen des Werts darüber hinaus auch Z 5) ZPO nicht angefochten werden könnte. Das unzulässige Rechtsmittel des Ing. R\*\*\*\*\* war daher zurückzuweisen.

### **Rechtliche Beurteilung**

Der Revisionsrekurs des E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* ist begründet.

Gemäß § 186 Abs 2 EO darf der Zuschlag wegen des Fehlens des Nachweises der Vertretungsbefugnis oder Bevollmächtigung trotz Widerspruchs nicht versagt werden, wenn der Mangel vor Entscheidung über den Zuschlag durch nachträgliche Bebringung der im § 180 EO bezeichneten Urkunden beseitigt wird.

Aus dieser Bestimmung kann zwar nicht abgeleitet werden, dass beim Versteigerungstermin Anbote eines Vertreters ohne urkundlichen Nachweis seiner Vertretungsbefugnis gegen spätere Nachbringung eines Nachweises zugelassen werden dürfen (SZ 43/20). Wäre also Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* als Vertreter des E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* beim Versteigerungstermin als Bieter nicht zugelassen worden und der Zuschlag etwa dem Dr. L\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* erteilt worden, dann wäre die Rechtsansicht der zweiten Instanz zutreffend, dass selbst die zwischenzeitige Nachbringung der Vollmacht dem E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* nicht mehr nützen würde.

Wenn aber einmal ein Bieter - mit oder ohne ausreichende Vollmacht - tatsächlich als Bieter zugelassen wurde, dann soll der Versteigungsakt tunlichst aufrecht erhalten bleiben, weil es der Absicht des Gesetzgebers entspricht, wie es in den Materialien zur EO heißt (Mat I, 539), „das Schicksal des Versteigungsakts nicht unpräjudizierlichen Formmängeln zu opfern“. Dem Meistbietenden, dessen Anbote trotz Fehlens einer ausreichenden Vollmacht zugelassen wurden, soll die Möglichkeit gegeben werden, nachträglich durch Bebringung des urkundlichen Nachweises seiner Vertretungsbefugnis jene Voraussetzungen für die Erteilung des Zuschlags zu schaffen, die nach dem Gesetz bereits vor Stellung der Anbote hätten gegeben sein müssen (Heller-Berger-Stix, 1336).

Dieser Sachverhalt ist aber im vorliegenden Fall gegeben. Spätestens durch die oben erwähnte Urkunde, welche mit dem Revisionsrekurs vorgelegt wurde, steht die strittige Bevollmächtigung jedenfalls fest. Es muss daher nicht untersucht werden, ob schon die ursprüngliche Vollmacht der Vorschrift des § 180 Abs 2 EO entsprochen hätte, weil sich der später gestrichene Zusatz ohnedies nur auf Grundbuchshandlungen nicht aber auf den sonstigen Inhalt der Vollmacht bezog bzw ob die Vollmacht zumindest nach der Streichung als ausreichend anzusehen gewesen wäre.

Der angefochtene Beschluss war daher dahin abzuändern, dass der Beschluss des Erstgerichts wiederhergestellt wird. Da die Einbringung des Revisionsrekurses durch das unbegründete Rechtsmittel des Mitbieters Dr. L\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* ausgelöst wurde, ist dieser im Zwischenstreit über die Zulässigkeit eines Anbots unterlegen und hat daher gemäß §§ 78, 50, 40, 41 ZPO, die Kosten seines erfolglosen Rechtsmittels an die zweite Instanz selbst zu tragen und dem erfolgreichen Rechtsmittelwerber E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* die Kosten seines Revisionsrekurses zu ersetzen. Die Kosten

betragen für den einheitlichen Schriftsatz beider Rechtsmittelwerber an Verdienstsumme 9.049 S + 50 % Einheitssatz 4.524,50 S, + 10 % Streitgenossenzuschlag 1.357,35 S + 10 % Umsatzsteuer 1.493,08 S + 1.200 S Eingabengebühr, das sind zusammen 17.623,93 S. Hievon gebühren E\*\*\*\*\* A\*\*\*\*\* aber nur die Hälfte, da davon auszugehen ist, dass die andere Hälfte dieser Kosten dem zurückgewiesenen Revisionsrekurs des Ing. A\*\*\*\*\* R\*\*\*\*\* betrifft.

**Textnummer**

E104927

**European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:OGH0002:1984:0030OB00013.84.0425.000

**Im RIS seit**

23.08.2013

**Zuletzt aktualisiert am**

26.08.2013

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)